



Anlass übergibt Herr Diepold das Wort an Frau Teltewskaja, die Beigeordnete für Ländliche Entwicklung.

Frau Teltewskaja bedankt sich für die Neujahreswünsche und überbringt allen Anwesenden die tragische Neuigkeit über den Tod des Herrn Dr. Eberhard Sradnick.

Herr Dr. Sradnick war ein langjähriges Mitglied des Kreistages und leitete den Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft. Zu seinen Ehren gedenken alle Anwesenden mit einer Schweigeminute.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zugestimmt**

## **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Kaethner äußert sich kritisch gegen die vorliegende Tischvorlage des Verkehrsclub Deutschland (VCD) des Landesverband Brandenburg „Stellungnahme zu verkehrlichen Aspekten der geplanten – Gigafactory – der Firma Tesla in Grünheide (Mark)“. Die Unterlagen hätten zeitnah den Mitgliedern des Ausschusses vorgelegt werden sollen.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

**zugestimmt**

## **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 16.01.2020**

Das Protokoll wird bestätigt.

**zugestimmt**

## **Zu TOP 4 Diskussionsbeitrag "Mehr Straßenbahn wagen!" - Herr Viertel (VCD Bbg.)**

Herrn Viertel wird als Gast das Rederecht übergeben.

*Siehe Anlage „Mehr Straßenbahn wagen! – Ein Diskussionsbeitrag zur Nahverkehrsplanung des Landkreises Oder-Spree“*

Frage:

Welche Möglichkeiten zur Installierung der Straßenbahn in dichterbesiedelten Gebieten gibt es?  
Ist mehr Komfort in der Straßenbahn als im Bus gegeben?

Antwort:

In gewachsenen Siedlungsstrukturen wird es nicht immer die Möglichkeit geben, die Gleise straßenunabhängig zu führen. Sollte das Angebot der Straßenbahn als eine schnelle und attraktive Alternative zum PKW weiter geführt werden, so wäre es in diesem Fall erforderlich, eine für die Straßenbahn vorrangige Ampelschaltung einzuführen.

Durch die Verordnung zur Barrierefreiheit im öffentlichen Personenbeförderungsgesetz steht die Woltersdorfer Straßenbahn vor der Herausforderung mittelfristig neue Fahrzeuge zu beschaffen. Empfehlenswert ist eine (Massen)-Anschaffung neuer Fahrzeuge mit der Erweiterung des Streckenastes in Richtung Erkner zu verbinden.

Frage:

Gibt es wirtschaftliche Vergleichsrechnungen Straßenbahn – Bus?

Antwort:

Eine Vergleichsrechnung kann durch den VCD nicht erstellt werden. Zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit ist es empfehlenswert, eine Machbarkeitsstudie von einem Fachplanungsbüro durchführen zu lassen.

Frage:

Wie würde die praktische Umsetzung ablaufen, wenn sich der Kreistag zur Aufstockung/ Errichtung der Straßenbahnen entscheiden würde?

Antwort:

1. Schritt Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Streckenerweiterung
2. Schritt Beschlussfassung zur Rentabilität des Vorhabens
3. Schritt Berücksichtigung des Vorhabens im kreiseigenen Nahverkehrsplan
4. Schritt Ausschreibung des Vorhabens an ein Verkehrsunternehmen zur Realisierung
5. Schritt Realisierung durch das Verkehrsunternehmen

### ***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 5 Information zur Afrikanischen Schweinepest**

Aktuell ist das Risiko der Einschleppung von ASP aus Polen unverändert hoch. Dort wurden bereits drastische Maßnahmen zur Bekämpfung eingeführt, die über staatliche Jagdverbände und Forstbetriebe organisiert werden. Zusätzlich wirkt derzeit das polnische Militär an der Bekämpfung mit.

Im Landkreis Oder-Spree wurde die erste Tierseuchenallgemeinverfügung durch den Landrat erlassen. Damit werden Maßnahmen wie die verstärkte Bejagung und Fallwildsuche festgesetzt.

Weiterhin wird an der Begrenzung der Einwanderung von infiziertem Schwarzwild über die Oder und Neiße auf deutsches Gebiet gearbeitet. Hierzu wurde bereits ein Elektro-Wildabwehrzaun in Verbindung mit Vergrämungsduftstoffen hinter der Deichkrone errichtet. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde kein positiver Befund nachgewiesen. Die jetzt gewonnene Zeit sollte zur intensiven Bejagung genutzt werden.

Derzeit müssen grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden:

- zur Motivation / Belohnung der Jäger an der Mitwirkung der ASP-Bekämpfung
- und zur Wahrnehmung der Verantwortung über die ASP-Ausbreitung als direkt angrenzender Landkreis zu Polen.

Dazu lief eine Diskussion zwischen der EU VET Mission und den Ländern Brandenburg, Mecklenburg Vorpommern und Sachsen zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen. In der Auswertungsrunde am 24.01.2020 erfolgt voraussichtlich die Klärung konkreter Folgemaßnahmen.

Das Veterinäramt organisiert derzeit die gesamte Beprobung des Fall- und des Unfallwilds, sowie deren Verpackung und Übersendung der Daten.

Frage:

Gibt es einen Maßnahmenplan im Landkreis Oder-Spree?

Antwort:

Der Maßnahmenplan wurde 2018 festgelegt. Die hauptsächliche Konzentration liegt auf der Fallwildsuche. Durch den vorherrschenden Personalmangel des Veterinäramtes soll die Aufspürung der Wildkadaver durch Drohnen mit hochauflösenden Wärmebildkameras erfolgen. Derzeit wird weiterhin nach guten Ideen zur besseren Schwarzwildvermarktung gesucht.

Frage:

Sind am Wildabwehrzaun Überwachungskameras installiert?

Antwort:

Der Wildabwehrzaun wird mind. dreimal am Tag durch den Wasser- und Bodenverband kontrolliert. Derzeit wird die Aufstellung der stationären Wildabwehrzäune und geeigneter Überwachungssysteme geprüft.

Frage:

Wie können die Abgeordneten des Kreistages helfen?

Antwort:

Die Abgeordneten können auf Landesebene Einfluss nehmen um die ausstehenden Entscheidungsprozesse zu beschleunigen.

***Mit der Unterstützung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung wird ein Schreiben an die zuständigen Landesverwaltungen gesandt.***

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 6      Aktuelle Probleme in der Landwirtschaft / Vorbereitung Sonderkreistag**

Herr Noppe informiert zu den aktuellen Problemen in der Landwirtschaft und der Vorbereitung auf den Sonderkreistag.

*Siehe Anlage Präsentation Folie 10 ff.*

Anmerkung:

Die Agenda müsste strukturierter aufgebaut werden. Zudem bewegen sich die aufgezeigten Probleme und Forderungen überwiegend auf der EU-Ebene. Hier kann der Landkreis nur regional tätig werden. Im Sonderkreistag müssen konkrete Handlungsmöglichkeiten des Landkreises aufgezeigt werden.

Vorschlag (Problem und Lösung):

Gesellen die als Fleischer ausgebildet wurden, müssen einen Sachkundenachweis zum Schlachten vorlegen. Hier entsteht das Problem, dass es in Berlin/Brandenburg keine Anbieter gibt, die einen Sachkundenachweis ausstellen. Daraus ergibt sich ein zeitlicher und finanzieller Mehraufwand für die Gesellen. Fachkräfte dieser Ausbildung benötigen nicht unbedingt einen Nachweis, da Fähigkeiten solcher Art bereits in der Ausbildung geprüft wurden. Zur Lösung dieses Problems kann der Kreistag Druck auf die Landesebene ausüben.

Anmerkung:

In Vorbereitung auf den Sonderkreistag sollten die Abgeordneten umfassende Informationen erhalten. Ebenfalls müssen die Probleme und die dazu gehörigen Lösungswege aufgezeigt werden. Auf der Tagesordnung sollten unbedingt die Redner (Namen, Fachrichtung, Betrieb etc.) benannt werden.

Frage:

In letzter Zeit hatten die Landwirte viele Probleme in Bezug auf das Thema Wasser gehabt. Liegt hier die Schwierigkeit im Genehmigungsverfahren?

Antwort:

Nein, das Problem liegt in der Silo- und Güllelagerung in Bezug auf den Schutz des Grundwassers. Die Art und Weise der Klärung des Sachverhalts zwischen den Landwirten und der Verwaltung führte zu Irritationen. Diese wurden bereits behoben.

Anmerkung:

Das Problem der landwirtschaftlichen Unternehmen besteht darin, dass ihre Kosten durch die Marktpreise nicht gedeckt werden. Es müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche den Aufwand der Bewirtschaftung inklusive aller Umweltauflagen decken. Der dargestellte Fokus gegen die Umweltauflagen, geht somit am Kern des Problems vorbei. Diese sind u.a. notwendig zur Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens, der Wasserqualität und somit auch für eine nachhaltige Landwirtschaft. Es müssen für den Landwirt jedoch Bedingungen geschaffen werden, damit die damit verbundenen finanziellen Belastungen zu stemmen sind.

Frage: Wann ist der Sonderkreistag geplant?

Antwort: Der Sonderkreistag ist für den 19.02.2020 geplant.

\*neuer Termin Sonderkreistag 22.04.2020 um 17 Uhr (Stand März 2020)

Frau Teltewskaja verdeutlicht die Notwendigkeit eines Sonderkreistages:

Die vorliegende Präsentation dient derzeit lediglich als Entwurf. Herr Noppe hat bereits Referenzen organisiert, die die ökonomische Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in Bezug auf die Probleme und Möglichkeiten darstellen wird. Der Landkreis Oder-Spree kann die Landwirte unterstützen in dem der regionale Bezug ausgebaut wird. Dazu muss in der Bevölkerung das Verständnis für die Landwirtschaft und ihre Probleme erweitert werden.

Vorschlag (Problem und Lösung):

Eine Möglichkeit besteht in der Ausnutzung aller Möglichkeiten der Direktvermarktung und die Unterstützung der Landwirte beim vorrangigen Erwerb von Flächen. Dazu müssen die Kommunen ihre Planungshoheit z.B. durch Festlegungen im Flächennutzungsplan ausüben.

Herr Diepold appelliert an die Mitglieder des Ausschusses:

Die Interessenvertretung der Region sollte vor den Landes- und Bundesbehörden durch den Landkreis erfolgen. Es ist die Pflicht des Kreistages sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen und die Landwirte zu unterstützen.

Ergänzung:

*Zitat aus dem Protokoll des Ausschusses für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung vom 07.11.2019* „Die Landwirtschaft produziert unter Bedingungen des Weltmarktes. Die gezahlten Preise für die Erzeugnisse ermöglichen keine kostendeckende, heimische Produktion, weshalb die Direktzahlungen nicht als Subventionierung der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern vielmehr der Verbraucher/ Konsumenten gesehen werden sollte. Diese haben dadurch einen dauerhaften Zugang zu günstigen und hochwertigen Lebensmitteln aus heimischer Produktion.“ Die Bevölkerung muss sich beim Kauf über die Unterstützung der Landwirte bewusst werden.

**zur Kenntnis genommen**

**Zu TOP 7 Ortsdurchfahrt Beeskow für landwirtschaftliche Maschinen (-NEU-)  
Vorlage: 11/FDP/BJA/BVFO/2019**

Herr Noppe berichtet über die Änderungen der Vorlage.

Der Antrag wurde aus dem letzten Kreistag in die Ausschüsse zurück verwiesen. Im Rahmen der Überarbeitung wurde sich ein Urteil eingeholt, dass sich auf ein Gutachten von März 2019 bezieht.

Hier wurden folgende Werte gemessen:

- Zeitspanne der Messung: 6-22 Uhr
- Durchführung der Messung: 8 Stunden
- Erschütterungsereignisse
  - Gesamt: 320 Erschütterungen
  - über dem Limit: 146 Erschütterungen

Eine weitere Messung im September zeigte bereits 300 Erschütterungsereignisse über dem Limit. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die sich über dem Limit befindenden Erschütterungen allein durch landwirtschaftliche Maschinen ausgelöst wurden. Hier muss man alle Verkehrsteilnehmer in Betracht ziehen um ein klares Ergebnis zu erhalten. Zur Entlastung der Ortsdurch-

fahrt müsste die Umgehungsstraße genutzt werden. Eine Ausnahmegenehmigung dafür wird jedoch nur unter besonderen Tatbeständen erteilt.

Erklärung Herr Gehm:

Für Beeskow wurde ein städtebauliches Konzept mit verkehrlichen Anordnungen erstellt zum Schutz des Innenstadtbereichs. Zur Umsetzung wurde eine innerliche Umfahrung installiert, die den Verkehr absichtlich verlagert. Durch Tempo-30-Zonen an zwei Punkten, sowie einer Straßenverengung sollte die Belastung reduziert werden. Gegen eine Sperrung hat sich der Landkreis gewehrt um die Durchfahrbarkeit weiterhin zu gewährleisten.

Nicht möglich ist die Umfahrung über die B87 bis zu den landwirtschaftlichen Flächen, da diese nur mit Fahrzeugen mit mindestens 60 km/h befahren werden darf. Dies können die meisten landwirtschaftlichen Maschinen nicht leisten. Zusätzlich wird noch eine Ausnahmegenehmigung benötigt. Es wurden Gespräche mit dem Straßenbaulastträger geführt, ob eine Allgemeinverfügung zur Ausnahme der Befahrung oder eine Einzelausnahme gegen Gebühr machbar ist. Der Straßenbaulastträger stimmte den Ausnahmegenehmigungen nicht zu und somit konnten bislang keine Genehmigungen durch den Landkreis erteilt werden.

Im Falle des Antrages 12/FDP/BJA/BVFO/2019 (siehe TOP 8) gab es Verständigungen mit dem Landesbetrieb Straßenwesen. Bis lang wurde keine pauschale Lösung gefunden. Bei einer ausreichenden Begründung können kostenpflichtige Einzelgenehmigungen erteilt werden.

Zur Erörterung und konstruktiven Erarbeitung der Anträge bietet Herr Gehm dem Kreisbauernverband und den betroffenen Landwirten die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Termin an.

Zusammenfassung der Änderungen der Beschlüsse aus TOP 7 und TOP 8:

- In der Vorlage 11/FDP/BJA/BVFO/2019 (-NEU-) wird der Beschluss geändert, so dass der Kreistag den Landrat auffordert alle Möglichkeiten zur Offenhaltung der Ortsdurchfahrt zu prüfen und umzusetzen.
- In der Vorlage 12/FDP/BJA/BVFO/2019 (-NEU-) wird der Beschluss geändert, so dass der Kreistag den Landrat auffordert Maßnahmen zur Öffnung der Umgehungsstraße Fürstenwalde einzuleiten bzw. einzufordern.

*Die Anträge 11/FDP/BJA/BVFO/2019 (-NEU-) und 12/FDP/BJA/BVFO/2019 (-NEU-) werden überarbeitet und neu gestellt.*

***zurückgezogen (Antrag wird geändert eingereicht)***

**Zu TOP 8      Öffnung der Umgehungsstraße Fürstenwalde (B168) für landwirtschaftliche Maschinen im Sommerhalbjahr (-NEU-)  
Vorlage: 12/FDP/BJA/BVFO/2019**

- siehe TOP 7

Die Anträge 11/FDP/BJA/BVFO/2019 (-NEU-) und 12/FDP/BJA/BVFO/2019 (-NEU-) werden überarbeitet und neu gestellt.

**zurückgezogen (Antrag wird geändert eingereicht)**

**Zu TOP 9            Stärkung des ÖPNV-Angebots im Landkreis Oder-Spree (-NEU-)  
Vorlage: 13/SPD/2019**

Herr Wachsmann berichtet zu der vorliegenden Beschlussvorlage.  
Der Antrag wurde noch nicht überarbeitet. Die Änderungsvorschläge werden im Februar Kreistag eingebracht.

Folgende Änderungen werden eingearbeitet:

- Vorschlag zur Neuerstellung des Nahverkehrsplans
- Vorschlag zur Erhöhung der Angebote für den ländlichen Raum und für die Pendler
- Vorschlag Investitionssumme: mind. 1 Mio. €

Frage:

Wie erfolgt der Untersetzung der benannten Summe?

Antwort:

Diese Summe soll zur Untersetzung bei der Erarbeitung der Nahverkehrsplanung durch die Verwaltung und unter Beteiligung der Gemeinden des Landkreises dienen. Noch ist es schwer abschätzbar, ob diese Summe (1 Mio. €) ausreichen wird. Eine konkrete Untersetzung wird erst mit der Nahverkehrsplanung ersichtlich.

**zurückgezogen (Antrag wird geändert eingereicht)**

**Zu TOP 10            Verkehrsentlastung Neu-Zittau  
Vorlage: 17/DIE LINKE.PIRATEN**

Herr Gehm berichtet zu dem vorliegenden Sachverhalt.

Es gibt zwei Varianten der Umfahrung. Einmal die Nord und West Umfahrung und die südliche Umfahrung. Bei der südlichen Umfahrung müsste eine neue Autobahnauffahrt geschaffen werden.

In der Vergangenheit wurde seitens des Landkreises die südliche Umfahrung mit der Verlängerung der L39 bevorzugt. Derzeit stellt diese jedoch keine befahrbare Straße mehr dar, da die sich hier befindliche Brücke während des Krieges zerstört wurde. Seit geraumer Zeit gibt es eine Vereinbarung mit dem Wasser- u Schiffverkehrsverband zur Wiedererrichtung der Brücke.



Jedoch hat der Landesbetrieb Straßenwesen kein großes Interesse an der L39 und dies führte dazu, dass der südliche Teil der Straße entwidmet wurde und nicht mehr als eine Straße fungiert. Im Gegensatz dazu befindet sich der nördliche Teil der L39 im Grünen Netz, so dass dort maximal noch die Unterhaltungsarbeiten erfolgen werden und keine investigativen Maßnahmen mehr stattfinden.

Im Jahr 1995 befanden sich die L39 und die Brücke im Bauprogramm des Landesbetriebs Straßenwesen und bis 2008 waren diese sogar noch im Grundnetz enthalten. 2010 wurde die West-Umfahrung von Gosen Neu-Zittau im Landesstraßenbedarf aufgeführt (Projekt-Nr. 13). Allerdings wurde in diesem Jahr der Straßenbedarfsplan geändert und die L39 wurde dem Grünen Netz zugeordnet. Damit war die Wiedererrichtung der Brücke nicht mehr Bestandteil des Landesbedarfsplanes. Es gab eine Abstufung zur Gemeindestraße und dann zur Einziehung. Die Landkreise Oder-Spree und Dahme-Spree haben sich immer gegen eine Abstufung der L39 ausgesprochen und setzten sich für die Wiedererrichtung der Brücke ein. Bislang jedoch erfolglos.

Die Neuerrichtung der südlichen und nördlichen Umfahrung ist ein planfeststellungsbedürftiges Vorhaben und findet sich derzeit nicht im Landesstraßenplan wieder. Der Landkreis Oder-Spree ist an das Land herangetreten und hat seinen Bedarf angemeldet. Konkretisierungen sollen dazu in nächster Zeit folgen. Die Voraussetzung besteht darin zu prüfen, welche Verkehrsströme ausgelöst werden, da eine erhöhte Verkehrsbelastung in Gosen Neu-Zittau oder Erkner verhindert werden soll.

Die Verwaltung versteht den Auftrag des Kreistages so, dass die verkehrsgünstigste Lösung unter Berücksichtigung der gegebenenfalls zu erwartenden zukünftigen Verkehre anzustreben ist.

***zurückgezogen (Antrag wird geändert eingereicht)***

## **Zu TOP 11 Information zum Stand Ansiedlung Tesla**

Herr Gehm informiert zum Stand Ansiedlung Tesla.

Der Antrag kann in den Gemeinden Spreenhagen, Erkner und Grünheide eingesehen werden. Aktuell finden Munitions- und Altlastenbeseitigungen statt. Für diese Arbeiten sind oder werden Zufahren hergestellt, so dass die Befahrbarkeit durch LKWs hergestellt ist. Der vorzeitige Baubeginn befindet sich in der Prüfung.

Wasserversorgung u. Abwasserentsorgung:

Laut der Pressemitteilung der WSE (Wasserverband Strausberg-Erkner) kann die Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung nicht gewährleistet werden. Dies hängt höchstwahrscheinlich mit dem aktuellen Stand zusammen. Denn es wäre merkwürdig, wenn bereits technische Gegebenheiten bestehen würden, die die dort angesprochenen Kapazitäten bereits erfüllen. Der Landkreis befindet sich diesbezüglich aktuell in der Klärung mit dem WSE und den Berlinern Wasserbetrieben, denn es wird davon ausgegangen, dass es eine ingenieurtechnische Lösung gibt.

Grundwasser:

In der Diskussion befand sich die Frage, ob Tesla oder der WSE zusätzlich Grundwasser fördern wird. Grundsätzlich gibt es genug Trinkwasser in unserem Gebiet. Eine Engstelle befindet sich jedoch in Erkner durch die Grundwasserverschmutzung in der Vergangenheit. Das Trinkwasserschutzgebiet ist hier nicht betroffen.

TESLA-Steuerungsgruppe:

Diese wurde durch den Landkreis mit den kreisangehörigen Gemeinden gegründet. Aus der Steuerungsgruppe entstanden weitere Arbeitsgruppen (Soziale Infrastruktur, Wohnungsversorgung etc.) Durch diese sollen Maßnahmen koordiniert stattfinden und die Gemeinden unterstützt werden. Der Ausschuss wird über neue Diskussionsergebnisse informiert.

Frage:

Gibt es Ideen zur Entsorgungsmöglichkeiten der Akkus von Elektrofahrzeugen?

Antwort/Anmerkung:

In Deutschland gibt es derzeit zwei Firmen, die diese Entsorgungen leisten und deren Kapazitäten bereits erschöpft sind. Wenn ein ganzes Werk erbaut wird, stellt sich für die Bürger nicht nur die Frage nach der Entsorgungsmöglichkeit sondern auch die der Strombeziehung, der Arbeitskräfteschaffung, des Vertriebs und vielem mehr. Derzeit sind sehr viele Fragen für die Bürger interessant und ungeklärt.

Anmerkung:

Die Tesla-Unterlagen sind noch bis zum 06.02.2020 in den zuständigen Gemeinden einsehbar. Alle Einwände müssen dort zur Prüfung gestellt werden. Da dies ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren ist, wird die Behörde feststellen, ob das Vorhaben mit der Umwelt vereinbar ist.

Anmerkung:

Zur Trinkwasserproblematik hat der WSE bereits 2019 geäußert, dass die Trinkwasserversorgung nicht gewährleistet werden kann. Es sollen 372 m<sup>3</sup> Wasser pro Stunde gepumpt werden. Das entspricht einem Jahresverbrauch von 3,2 m<sup>3</sup> Wasser (Vergleich: Möllensee umfasst 1,6 m<sup>3</sup> Wasser). Bei den vorherrschenden Klimaverhältnissen wird die Wasserbewirtschaftung knapp und kostenintensiv werden.

Frage:

Müssen mit dem Beginn der Vegetationszeit die Rodungen abgeschlossen sein?

Antwort:

In der Vegetationsperiode ist die Baumfällung verboten. Wenn der Artenschutz sichergestellt werden kann, gibt es die Möglichkeit durch das Landesamt für Umwelt eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten. Im Jahr 2020 müssen die Rodungsarbeiten bis zum 29.02.2020 beendet sein.

**zur Kenntnis genommen**

## **Zu TOP 12      Sonstiges**

Information zur Aufstellung von Kreisgrenzschildern/Willkommensschildern:

Es wurde ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung beim Landesbetrieb Straßenwesen zur Aufstellung der Schilder an den Bundesstraßen gestellt. Derzeit wurde dieser jedoch noch nicht beantwortet.

Erdgas-/Erdölbohrung in Gühlen:

Die Thematik wird in einem gemeinsamen Ausschuss mit dem Bauen, Umwelt und Verkehrsausschuss in Einladung mit den Vertretern der CE Petroleum GmbH behandelt.

Die Firma informierte darüber, dass die Probebohrungen sich derzeit noch in der Auswertung befinden und sie bitten um Verschiebung des Termins bis in den Sommer.

### ***zur Kenntnis genommen***

Zum Abschluss der Sitzung bedanken sich Herr Diepold und Frau Teltewskaja bei allen Anwesenden und wünschen einen angenehmen Heimweg.

Maik Diepold  
Ausschussvorsitzender

Gundula Teltewskaja  
Beigeordnete und  
Dezernentin für Ländliche  
Entwicklung

Polina Poluektova  
Schriftführerin